

Vor zehn Jahren: Start in die Währungsunion



Hans-Hagen Härtel

Am 1. Juli jährt sich zum zehnten Mal der Tag, an dem in der damals noch bestehenden DDR die D-Mark als Währung eingeführt wurde. Nicht wenige Zeitgenossen werden sich wohl erst mühsam in Erinnerung rufen müssen, daß dem am 3. Oktober 1990 vollzogenen Akt der staatlichen Vereinigung eine drei Monate dauernde Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vorausgegangen war. Daß die Erinnerung so verblaßt ist, beruht nicht nur auf der Kürze dieser Phase, sondern hängt auch damit zusammen, daß heute mit dem Begriff „Währungsunion“ nahezu ausschließlich die EWU, also der Ersatz der D-Mark und neun weiterer europäischer Währungen durch den Euro, bezeichnet wird.

Dennoch lohnt es sich, das Jubiläum zum Anlaß einer Rückbesinnung zu nehmen. Zum einen war das ökonomische Regime, unter dem sich die Integration der neuen Bundesländer in den letzten zehn Jahren vollzogen hat, nicht erst durch den Einigungsvertrag, sondern schon durch den Staatsvertrag zur Bildung der Währungs-, Wirtschafts- und Währungsunion weitgehend etabliert. Zum anderen läßt sich aus der deutschen Erfahrung einiges für die EWU lernen. Bekanntlich sind beide Projekte von der damaligen Bundesregierung gegen den namhaften Widerspruch des ökonomischen Mainstream durchgesetzt worden.

Der grundsätzliche ökonomische Einwand gegen eine – vorschnelle – Integration von Währungen ist die These, die Regionen des neuen Währungsgebietes seien so heterogen, daß die Gefahr von asymmetrischen Schocks besteht, welche die Lohnrelationen zwischen den Regionen obsolet machen. Da es im gemeinsamen Währungsgebiet nicht mehr die Veränderung der Wechselkurse als Mechanismus zur Korrektur der Lohnrelationen gibt, drohen sich asymmetrische Schocks wegen der Starrheit der Löhne unmittelbar in Arbeitslosigkeit niederzuschlagen. Dies wiederum läßt in den betroffenen Regionen den Ruf nach einer nachgiebigen Geldpolitik laut werden.

Der Einwand gegen die deutsche Währungsunion beruhte nicht nur auf der Sorge, daß sich die Löhne in Ostdeutschland – obwohl sie zunächst nur ein Drittel des westlichen Niveaus ausmachten – nach einer Umstellung der Einkommen im Verhältnis 1:1 und nach Aufhebung der innerdeutschen Handelsschranken als zu hoch erweisen würden. Es wurde vielmehr auch befürchtet, daß im gemeinsamen Währungsgebiet die ostdeutschen Reallöhne schneller als sonst an das westdeutsche Niveau angeglichen würden. Ohne die Währungsunion wäre der Versuch einer Einkommensangleichung aufgrund von Zahlungsbilanz- und Fiskalrestriktionen frühzeitig gescheitert. Eine selbständige ostdeutsche Notenbank hätte den durch die Lohnsteigerungen hervorgerufenen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit nicht lange durch Interventionen auf dem Devisenmarkt kompensieren können, sondern hätte die Ostmark alsbald abwerten müssen. Neben der Zahlungsbilanzrestriktion hätten auch Fiskalrestriktionen Bremsen gesetzt. Da der Fiskus und die Sozialversicherung nicht an die westdeutschen Finanz- und Sozialsysteme mit ihren Ausgleichsmechanismen angeschlossen worden wären, hätte die DDR eine hohe lohnbedingte Arbeitslosigkeit gar nicht finanzieren können.

Die Warnungen vor der Währungsunion waren – auch im nachhinein gesehen – insoweit voll berechtigt, blendeten aber das entscheidende politische Datum aus: Die ostdeutsche

Bevölkerung verfügte über die Option für den Beitritt in die Bundesrepublik Deutschland, die ihnen die Westdeutschen aus rechtlichen und moralischen Gründen nicht verwehren konnten. Während die Deutsche Bundesbank intern noch für eine Umstellung der Ostmark in die D-Mark im Verhältnis 2:1 plädierte, hatte die Bundesregierung mit Unterstützung der Opposition bei den Einkommen sich nicht nur auf eine Relation 1:1 festgelegt, sondern sich auch im Staatsvertrag mit der Regierung der DDR auf eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verständigt, und damit klargestellt, daß die beiden Staaten nicht lediglich eine gemeinsame Währung und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bilden, sondern eine Solidargemeinschaft eingehen wollten.

Es ist immer wieder behauptet worden, daß sich die Ostdeutschen bei ihrem Ruf nach der Einheit von Illusionen und Versprechungen von „blühenden Landschaften“ haben leiten lassen. Soweit damit die Behauptung suggeriert werden soll, die Ostdeutschen hätten irrational gehandelt, ist sie falsch. Wäre die DDR selbständig geblieben, wäre ihr das Schicksal der anderen Transformationsstaaten nicht erspart geblieben. Selbst in den fortgeschrittenen Ländern, Polen, Tschechien und Ungarn, sind die Realeinkommen nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems zunächst deutlich gesunken und danach nur bei beträchtlich zunehmender interpersoneller Spreizung gestiegen. Da die Regierungen – schon um das Land auf den internationalen Kapitalmärkten kreditfähig zu machen – zu einem Austerity-Programm gezwungen waren, kam der wirtschaftliche Wiederaufbau nur mühsam in Gang, so daß die Arbeitslosigkeit auf hohem Stand verharrte.

Es war für die Ostdeutschen - von ihrem Standpunkt aus gesehen – deshalb völlig rational, sich für den Beitritt in die Bundesrepublik zu entscheiden. Dadurch sicherten sie sich einen beispiellosen Transfer von finanziellen und immateriellen Ressourcen, der die Transformation beschleunigte und sozial abfederte. Der Rückgriff auf die Ressourcen aus dem Westen beseitigte zudem die Bilanzrestriktionen für eine rasche Einkommensangleichung. Erst die Aufhebung dieser Bremse machte es möglich, daß die Realeinkommen in Ostdeutschland nicht – wie in den anderen Transformationsländern – sanken, sondern sofort in einem Ausmaß stiegen, daß die Expansion dem Produktivitätsfortschritt weit voraneilte.

Es hat zu dieser Zeit zwar nicht an Warnungen vor einer übereilten Angleichung gefehlt, doch waren diese Stimmen keineswegs laut. Zunächst schien es auch so, als ob der Versuch der Bundesregierung, durch massive Anreize für Investoren oder für Kaufinteressenten von Treuhandunternehmen die Transformation so zu beschleunigen, daß die Produktivität zu den vorangeeilten Löhnen aufschließen konnte, erfolgreich sein würde. Bis 1996 konnte die ostdeutsche Wirtschaft den Produktivitätsrückstand bis auf ein Drittel verkürzen. Seitdem ist der Aufholprozeß allerdings ins Stocken geraten, und auch der gegenwärtige Aufschwung scheint an Ostdeutschland zunächst vorbeizulaufen. Die im letzten Jahrzehnt unterdrückte Sorge, daß Deutschland in Zukunft mit seinem Mezzogiorno-Problem konfrontiert sein werde, scheint heute realistischer denn je.

Die Vorstellung, man könne ökonomisch bedingte Standortunterschiede per Dekret aus der Welt schaffen, hat sich somit als Illusion erwiesen. Dies haben diejenigen Ostdeutschen als erste begriffen, die ihren Arbeitsplatz in der dem Wettbewerb ausgesetzten Wirtschaft haben oder suchen. Im Produzierenden Gewerbe sind die ostdeutschen Effektivlöhne heute noch um ein Viertel niedriger als die westdeutschen. Aufrechterhalten wird diese Illusion allerdings noch von den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die es für unzumutbar halten, wenn die Tarifverdienste bis 2003 auf 90% statt auf 100% angehoben werden sollen. Sie finden sich damit allerdings in Übereinstimmung mit den meisten Westdeutschen. Der Föderalismus, der die Unterschiede in der Finanzausstattung der Länder durch Finanzausgleich nahezu vollständig nivelliert, und der Flächentarifvertrag, der zwar Unterschiede nach Branchen und Qualifikationen, aber nicht nach Regionen kennt, sind Anachronismen westdeutscher Herkunft, deren sich die Ostdeutschen nur bedienen haben.

Auch innerhalb Europas mehren sich die Stimmen, die der Europäischen Union die Verantwortung für die Beschäftigung zuordnen wollen. Die frühere Bundesregierung hatte diesen Forderungen noch Widerstand entgegengestellt. Die gegenwärtige Koalition zeigt sich dagegen diesen Ideen gegenüber aufgeschlossen. Man kann ihr nur raten, aus dem deutschen Projekt der Währungsunion die richtigen Lehren zu ziehen, um Schaden von der Europäischen Währungsunion fernzuhalten.